



über die 1. Sitzung  
des Jugendhilfeausschusses  
am Dienstag, dem 12. Februar 2002  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch  
Frau Dyduch  
Frau Lungenhausen  
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Kissing  
Frau Scharrenbach  
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann  
Frau Hinterseer  
Herr Kaczmarek  
Herr Schlaweck  
Herr Theis  
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied BG

Herr Kloß

Beratende Mitglieder

Frau Diester  
Frau Fischer  
Herr Kalle  
Herr Kampmann  
Herr Krampe  
Herr Suk  
Herr Treese  
Frau Dr. Winzer-Milo

Verwaltung

Herr Brüggemann  
Herr Dunker

Herr Güldenhaupt  
Frau Harmsma  
Herr Peske

entschuldigt fehlten

Herr Brumberg  
Frau Bucek  
Herr Büchel  
Herr Hinterseer  
Frau Jacobsmeier  
Frau Lübke  
Herr Maidorn

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die anwesende Presse. Sodann stellte sie den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach der nachfolgenden Tagesordnung verfahren wurde:

#### **A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahre 2010 in Westfalen-Lippe hier: Antrag der SPD-Fraktion	6/2002
2.	Sachstandsbericht zur Entwicklung der Kindergartenlandschaft in Kamen hier: Antrag der SPD-Fraktion	2/2002
3.	Weiterentwicklung/Optimierung der Jugend- und Jugendsozialarbeit unter Einbeziehung der freien Träger hier: Antrag der CDU-Fraktion	9/2002
4.	Örtliche Drogenhilfeangebote in Kamen hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zur Sitzung des Rates am 13.12.2001	7/2002
5.	Kosten der Heimpflege, der Vollzeitpflege und der Pflege in einer Tagesgruppe hier: Antrag der SPD-Fraktion zur Sitzung des Rates am 13.12.2001	5/2002
6.	Runder Tisch gegen Jugendarbeitslosigkeit hier: Antrag der CDU-Fraktion	
7.	Maßnahmen zur Qualifizierung jugendlicher Arbeitsloser hier: Antrag der SPD-Fraktion	
8.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

6/2002

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahre 2010 in Westfalen-Lippe  
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Lungenhausen** führte aus, dass aufgrund der Bevölkerungsprognose die Zahl der Kinder rückläufig sei, die Zahl der Jugendlichen aber noch steigen würde. Es sollen daher neue Bedarfswelder abgeleitet werden, um auch in Zukunft auf die veränderte Situation flexibel reagieren zu können.

Frau **Scharrenbach** bemerkte, dass die Beschlussvorlage eher den Charakter einer Mitteilungsvorlage hätte. Das Parlament habe bereits einen entsprechenden Beschluss zur planungsrelevanten Prognose gefasst.

Herr **Brüggemann** schlug vor, die Beschlussvorlage in eine Mitteilungsvorlage umzubenennen.

Das nahm der Jugendhilfeausschuss ohne Widerspruch zur Kenntnis.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass sich erst im Hinblick auf die Jugendhilfestrategien 2010 neue Handlungsoptionen ableiten lassen.

Zu TOP 2.

2/2002

Sachstandsbericht zur Entwicklung der Kindergartenlandschaft in Kamen  
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Lungenhausen** erklärte, dass im Hinblick auf die demographische Entwicklung die Angebote der Kindertageseinrichtungen ständig überprüft werden müssen. Dies wäre eine Chance für die Zukunft, um schnell und flexibel auf neue Bedarfe reagieren zu können.

Herr **Brüggemann** entgegnete, es sei zunächst der Rechtsanspruch zu erfüllen. Dies sei bei einer Konferenz mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen auch dargestellt worden. In Bezug auf Umwandlungen oder Schließungen von Kindergartengruppen könne frühestens zum Kindergartenjahr 2005/2006 nachgedacht werden. Zu diesem Zeitpunkt solle eine bedarfsorientierte Planung erfolgen.

Frau **Scharrenbach** bemerkte, dass der gesetzliche Rechtsanspruch und eine bedarfsgerechte Angebotsentwicklung gleichrangig zu sehen seien. Bedarfsgerecht wäre in diesem Fall nicht gleich nachfrageorientiert.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in erster Linie Priorität hat, da dieser gesetzlich vorgeschrieben sei. Die weitere Planung solle sich an den Bedürfnissen der Eltern ausrichten.

Herr **Suk** wies darauf hin, dass in der Trägerkonferenz thematisiert wurde, einen einheitlichen Fragebogen für die Abfrage der Elternwünsche zu entwickeln.

Herr **Brüggemann** brachte zum Ausdruck, dass eine Elternbefragung mit Abstimmung des Jugendamtes und der Träger durchgeführt werde. Es solle sichergestellt werden, dass es bei der Befragung zu Ergebnissen komme, die eine weitere Planung möglich macht.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass das Kindergartenangebot auch quantitativ anderen Bedarfssituationen angepasst werden müsse. Eine Formulierung in der Beschlussvorlage, dass „die Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz absolut Priorität“ habe, wirke polarisierend.

Herr **Brüggemann** entgegnete, es seien in den letzten Jahren rund 100 Kindergartenplätze aufgegeben worden, damit neue Angebotsstrukturen unter Mitarbeit des Jugendhilfeausschusses entwickelt werden konnten, die sich am Bedarf der Eltern ausgerichtet haben.

Herr **Kissing** stellte fest, dass in Hinblick auf die Pisa-Studie und deren Auswirkungen bald noch weiterer Diskussionsbedarf bestehen würde.

Frau **Lungenhausen** führte an, die Stadt Kamen weise, im Vergleich mit anderen Städten, ein sehr flexibles Angebot an Betreuungsformen auf. Eben in dieser Entwicklung sähe sie, bei dem prognostizierten Bevölkerungsrückgang, eine Chance für eine weitere Flexibilisierung in der Zukunft.

Herr **Suk** bemerkte, dass durch Herrn Clement im Gespräch sei, den Stichtag der Einschulung vom 1.7 auf den 1.1 vorzuverlegen. Des Weiteren solle die Betreuung der Schulkinder direkt in der Schule stattfinden. Zusätzlich sei angedacht, ein „Schulvorbereitungsjahr“ in den Kindergärten einzuführen.

Frau **Scharrenbach** fragte, wie denn die Gruppenstärke in den Kindertageseinrichtungen zu beurteilen sei.

Herr **Suk** antwortete, dass in den Ev. Kindertageseinrichtungen, in Abstimmung mit dem Träger und dem Jugendamt, Kinder über die Platzanzahl hinaus aufgenommen wurden und werden. Man solle hier aber nicht außer Acht lassen, dass dies eine Mehrbelastung für das Personal bedeute.

Herr **Güldenhaupt** bemerkte, dass durch die gute Zusammenarbeit mit den Trägern bisher der Rechtsanspruch gut erfüllt werden konnte.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Daten zur Fortschreibung für das Kindergartenjahr 2002/2003 zur Kenntnis. Der Jugendhilfeausschuss nimmt mit Blick auf die Nachfragesituation, insbesondere im Bereich der hereinwachsenden Jahrgänge, ferner zur Kenntnis, dass die Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz absolut Priorität hat vor einer weiteren, gewünschten Angebotsflexibilisierung.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, zum Kindergartenjahr 2005 in enger Abstimmung mit den Trägern

- unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt „Jugendhilfestrategien 2010“,

- unter Einbeziehung der schulpolitischen Diskussion zu der Frage einer früheren Einschulung und weiterer schulischer Veränderungen
- mit Gewichtung der stadtteilscharfen tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung zu diesem Zeitpunkt
- und der aus der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zu gewinnenden Erkenntnisse

eine wegen der dann verfügbaren weiterentwickelten Eckpunkte neue Fünf-Jahres-Prognose vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche punktuelle Weiterentwicklungen der Angebotsformen in einzelnen Kindergärten nach Abstimmung mit dem jeweiligen Träger und nach Vortrag in den jährlichen Trägerkonferenzen im Jugendhilfeausschuss mit einer begleitenden Finanzaussage zur Beschlussfassung vorzutragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

9/2002

Weiterentwicklung/Optimierung der Jugend- und Jugendsozialarbeit unter Einbeziehung der freien Träger  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kissing** erklärte, dass durch die Veränderungen in der Jugend- und Sozialarbeit neue und andere Aufgabenfelder entstehen. Durch ein Änderungsdenken in der Verwaltung und durch intensive Zusammenarbeit mit den Trägern könnten Aufgaben an freie Träger übertragen werden. Auch in Hinblick auf die finanzielle Entwicklung könnten bei einer Übertragung der Aufgaben an freie Träger Kosten eingespart werden, wenn diese das „Produkt“ günstiger anbieten würden. Aus diesen Gründen sei er nicht der Meinung, dass der Antrag gegenstandslos sei.

Herr **Brüggemann** wies auf die bereits bestehende intensive Zusammenarbeit mit den Trägern hin. Die Verwaltung sei nicht gewillt, funktionierende kommunale Strukturen für mit einem damit einhergehenden Finanztransfer aufzugeben.

Herr **Kaczmarek** bemerkte, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Trägern bestehe. Ein Beispiel hierfür sei die offene Jugendarbeit in Südkamen. Zusätzlich solle man beachten, dass man das Ehrenamt bei den freien Trägern eventuell überlaste.

Frau **Scharrenbach** sagte, die Träger sollten nicht nur in die Jugendarbeit mit eingebunden werden, sondern auch Aufgaben ganz übernehmen. So könnten, auch in Hinblick auf das Haushaltsloch, schon früh Einsparungen erfolgen. Außerdem würden die Träger von sich aus gerne Aufgaben übernehmen.

Frau **Lungenhausen** erklärte, dass das ehrenamtliche Angebot an seine Grenzen stößt. Es stelle sich die Frage, wo bei der öffentlichen Jugendarbeit gestrichen werden solle.

Herr **Kissing** erwiderte, es solle vielmehr eine Partnerschaft zwischen der Stadt und den Trägern geben. Es sollten keine Angebote der öffentlichen Jugendhilfe gestrichen werden, sondern nur da übertragen werden, wo ein freier Träger dieses Angebot günstiger anbieten kann, um so Kosten einzusparen.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass es kommunale Angebote für Nachfrager, die keine Vereins- oder kirchliche Angebote nutzen wollten, geben müsse.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung des Jugendamtes in einer prozesshaften Entwicklung und im Rahmen der Aufgabenkritik die Angebotsstrukturen der freien Träger, insbesondere im ehrenamtlichen Bereich erörtert, diese grundsätzlich stützt und synergetisch nutzt.

Die Weiterentwicklung und die Optimierung der Jugend- und Jugendsozialarbeit ist u.a. wesentlicher sozialräumlicher Ansatz. Der Antrag ist gegenstandslos.

**Abstimmungsergebnis:** bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 4.

7/2002

Örtliche Drogenhilfeangebote in Kamen  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zur Sitzung des Rates am 13.12.2001

Herr **Brinkmann** führte aus, es sei wünschenswert, das Angebot der ADU auf ein wöchentliches Angebot zu erweitern, da die Diakonie nur Ansprechpartner bei legalen Süchten sei. Zusätzlich wäre es interessant zu erfahren, wer und wieviel Personen in etwa das Angebot der örtlichen Drogenhilfe in Anspruch nehmen.

Herr **Brüggemann** erklärte, die Mitteilungsvorlage sei in Abstimmung mit der ADU und der Diakonie verfasst. Diese seien der Meinung, dass das Angebot der örtlichen Drogenhilfe für Kamen ausreichend sei.

Frau **Dyduch** bemerkte, dass man anfragen könne, ob die ADU dazu bereit wäre, in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen über das derzeitige Angebot und ihre Erfahrungen zu referieren.

Herr **Kloß** erkundigte sich, ob der Rückgang der Drogenabhängigen realistisch wäre, da das Angebot der ADU von einem wöchentlichen Beratungsangebot zu Zeiten der KASI auf ein 14-tägiges Angebot reduziert wurde.

Herr **Brüggemann** entgegnete, das Angebot der örtlichen Drogenhilfe könne nicht an dem Angebot der KASI festgemacht werden, da die Beratungsangebote in den letztem Betriebsmonaten deutlich zurückgegangen seien, und zwar unter das Niveau der jetzt verabredeten Beratungen.

Die Verwaltung sagte zu, wegen eines Erfahrungsberichtes vor dem Jugendhilfeausschuss kurzfristig mit der ADU Kontakt aufzunehmen.

Zu TOP 5.

5/2002

Kosten der Heimpflege, der Vollzeitpflege und der Pflege in einer Tagesgruppe  
hier: Antrag der SPD-Fraktion zur Sitzung des Rates am 13.12.2001

Frau **Bartosch** erklärte, die Verwaltung solle aufgrund der gestiegenen Pflegekosten prüfen, mit welchen Möglichkeiten diese bei Qualitätssicherung gesenkt werden könnten.

Herr **Kissing** stellte die Überlegung an, inwieweit die Schule in die Betreuung mit einbezogen werden könne.

Herr **Kampmann** führte aus, dass mit „Schule für Erziehungshilfe“ eine Kostensenkung in Sicht wäre.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass es zur Zeit keinen „goldenen Weg“ zur Senkung der Pflegekosten gäbe, jedoch müsse etwas getan werden. Man solle jedoch bei einer Senkung der Kosten immer daran denken, die Menschen dahinter zu sehen und nicht nur die finanziellen Aspekte zu betrachten.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbindung des Städte- und Gemeindebundes und/oder des Landesjugendamtes mögliche Beratungsangebote zur Planung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Fremdunterbringung zur Reduzierung der Jugendhilfemittel bei Qualitätssicherung einzuholen und zur Vergabe vorzubereiten.

Dem Jugendhilfeausschuss sind in einer seiner nächsten Sitzungen

- der Leistungsumfang im Rahmen einer möglichen Auftragsvergabe
- die möglichen Institute bzw. Institutionen
- die Zeitachse
- und die Höhe der erforderlichen Finanzmittel

vorzutragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Runder Tisch gegen Jugendarbeitslosigkeit  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Es wurde beschlossen, die Punkte TOP 6 „Runder Tisch gegen Jugendarbeitslosigkeit“ und TOP 7 „Maßnahmen zur Qualifizierung jugendlicher Arbeitsloser“ gemeinsam zu diskutieren, aber getrennt abzustimmen.

Frau **Scharrenbach** erklärte, es gäbe mehrere Möglichkeiten, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ziel der CDU sei es anzusetzen, noch bevor die Jugendlichen arbeitslos werden. Dies sei aber nicht nur allein Aufgabe der Verwaltung. Hier müsse ursachen- und ressourcenorientiert gearbeitet werden.

Frau **Lungenhausen** entgegnete, dies sei bereits heute möglich. Die Stadtkonferenz wäre z.B. ein Medium zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Frau **Scharrenbach** erwiderte, dass die Stadtkonferenz zum einen nicht öffentlich tagen würde und zum anderen nicht alle Gruppen vertreten wären. Des Weiteren setze sie erst an dem Punkt an, wo die Jugendlichen bereits in die Arbeitslosigkeit geraten wären.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass man, auch mit einem anderen Ansatzpunkt, das Gremium der Stadtkonferenz nutzen könne.

Herr **Brinkmann** sagte, es wäre vorteilhaft, wenn die Stadtkonferenz öffentlich tagen würde.

Herr **Kaczmarek** stellte fest, dass man dabei aber nicht die Jugendlichen vergessen solle, die sich bereits in der Arbeitslosigkeit befänden. So seien z.B. mit Qualifizierungsmaßnahmen letztes Jahr Spielplätze erneuert worden.

Herr Treese verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass im Fachbereich Jugend und Soziales bald ein Fallmanagement und somit eine umfassende Hilfeplanung eingeführt wird. Aber auch bereits schon heute würde durch die Sozialarbeit Jugendlichen in vielfältiger Weise geholfen.

Herr **Kampmann** machte deutlich, dass auch heute schon was gegen Jugendarbeitslosigkeit getan werden könnte. Es gäbe z.B. die Möglichkeit Jugendliche schon in dem letzten Schuljahr innerhalb eines Betriebes zu beschäftigen (BUS= Beruf und Schule). Dies gelte aber nur für Haupt- und Gesamtschulen.

Herr **Kissing** führte aus, es solle an einer Vernetzung der Institutionen gearbeitet werden. Die CDU fordere deshalb einen runden Tisch unter Beteiligung aller Gruppen und keine Bearbeitung in einem nichtöffentlichen Arbeitskreis. Dies wäre nur eine Verschiebung der Aufgaben in die Stadtkonferenz.

Herr **Brüggemann** erklärte, der Name der Stadtkonferenz hätte bisher immer für Offenheit gestanden. Bisher sei ihm auch noch nicht bekannt, dass Anträge anderer Fraktionen in die Stadtkonferenz zur Diskussion eingereicht wurden. Des Weiteren wäre die Stadtkonferenz kein Entscheidungsgremium, sondern ein Mitwirkungs-gremium.

Frau Winzer-Milo verlässt die Sitzung um 18.40 Uhr.

Frau **Scharrenbach** entgegnete, es ginge bei dieser Diskussion um die Entscheidung, zu welchem Punkt in die Jugendarbeitslosigkeit eingegriffen würde. Mit Hilfe eines runden Tisches könnten Qualifizierungsmöglichkeiten und der Austausch von Maßnahmen besprochen werden.

Herr **Kalle** bemerkte, das Thema Jugendarbeitslosigkeit sei komplex zu sehen. Jedes Problem, ob vorher oder nachher eingegriffen werde, müsste eigenständig analysiert und bearbeitet werden, damit es für jeden ein passgenaues Angebot gäbe. Letztes Jahr seien durch die Bemühungen des Arbeitsamtes 73 neue Ausbildungsplätze zusätzlich gewonnen worden. Es gäbe weiter die Möglichkeit von Verbundausbildungen, d.h. die Bestandteile der Ausbildung, die von einem Betrieb nicht ausgebildet werden können, werden von einem anderen Betrieb übernommen.

Herr **Schlaweck** schlug vor, dass sich u. a. die „jugendmacht“ mit dieser Problematik beschäftigen könne.

Herr **Kissing** erklärte, es müsse die Frage gestellt werden, was in welchem Gremium erreicht werden sollte.

Frau **Lungenhausen** entgegnete, dass ein solches Gremium in Form der Stadtkonferenz bestehen würde. Hier könnten alle Anregungen und Anträge weitergegeben werden.

Frau **Dyduch** stellte fest, dass die Themenauswahl und die externen Referenten oder Diskussionsteilnehmer flexibel gehandhabt werden können, sodass man hier Veränderungen vornehmen könnte. Man brauche aber kein neues Konzept.

**Beschluss:**

Der Antrag, für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses den Tagesordnungspunkt "Runder Tisch gegen Jugendarbeitslosigkeit" vorzusehen, wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 7.

Maßnahmen zur Qualifizierung jugendlicher Arbeitsloser  
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Diskussionsbeiträge siehe TOP 6.

**Beschluss:**

Dem Antrag, für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses den Tagesordnungspunkt "Maßnahmen zur Qualifizierung jugendlicher Arbeitsloser" vorzusehen, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Frau **Dyduch** wies auf die Spielplatzkommission hin, die am 04. Februar 2002 stattfand. Hier seien seitens der Verwaltung und des Architekten die neuen Projekte Claudiusstraße, Am Lehmacker und Fritz-Erler-Straße vorgestellt worden. Allerdings sei festzustellen, dass nur sehr wenige Mitglieder der Spielplatzkommission bei diesem Termin anwesend waren. Sie schlug vor, über die Zusammensetzung der Kommission neu nachzudenken. Eventuell sei die frühere Regelung, nach der durch jede Fraktion ein Vertreter bestellt wurde, sinnvoller.

8.2 Herr **Güldenhaupt** berichtete von einer Konferenz der Träger der Kindergärten, die am 22. Januar 2002 stattfand. Mit den Trägern sei über die Kindergartensituation 2002, wie auch hier schon im Jugendhilfeausschuss berichtet, die Budgetvereinbarungen und das Anmeldeverfahren diskutiert worden. Weitere Gesprächspunkte waren die Aufnahme von auswärtigen Kindern und Geschwisterkindern und das Projekt „Jugendhilfestrategien 2010“.

Zusätzlich habe Frau Bartsch-Tegtbauer vom Landesjugendamt über den Bildungsauftrag der Kindergärten und die Erprobungsregelungen referiert.

8.3 Herr **Brüggemann** erklärte, es gäbe bei dem Projekt „Nix für Kids“ noch keine neuen Erkenntnisse.

8.4 Frau **Lungenhausen** erkundigte sich nach den Sprachkursen für Migranten und den Internetanschlüssen in den Jugendzentren.

Herr **Güldenhaupt** antwortete, dass mittlerweile in jedem Jugendzentrum ein Internetzugang zur Verfügung stehe, der von den Jugendlichen genutzt werden könnte.

Herr **Brüggemann** führte zur Frage der Sprachkurse für Migranten aus, dass rund 40 Kinder ausländischer Eltern eingeschult werden. Zur Zeit liefen Testierungen, ob für alle Kinder ein Sprachkurs eingerichtet werden müsse. Es seien Mittel für eine Gruppe mit ca. 20 Teilnehmern bewilligt worden. Über den Regierungspräsidenten seien 1.500,- € bereitgestellt. In Abhängigkeit von der Zahl der Teilnehmer prüfe man eine weitere Bewilligung. Die Betreuung wird an den Schulen organisiert, an der die ausländischen Kinder mehrheitlich eingeschult werden.

8.5 Frau **Bartosch** fragte, wie viele Juleica-Karten mittlerweile ausgegeben wären.

Herr **Peske** entgegnete, dass momentan 30 Karten beantragt worden wären, es sei aber darauf hinzuweisen, dass die „alten“ Jugendleiterausweise weiterhin ihre Gültigkeit hätten.

gez. Dyduch  
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt  
Schriftführer